

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2016

### Inhalt

<b>Nachrichten aus der COFACE</b> .....	1
Finanzielle Inklusion von Familien – COFACE stellt Handbuch vor .....	1
Vereinbarkeit als Sicherheitsnetz für ALLE Familien .....	1
<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen</b> .....	1
Europäisches Parlament fordert neue EU-Strategie für Gleichstellung .....	1
Europäisches Parlament für Ausklammerung familienrelevanter Dienstleistungen aus TiSA.....	1
EP-Abgeordnete streben Überarbeitung der Elternzeitrichtlinie an .....	2
Europäisches Semester: Kommission veröffentlicht Länderberichte .....	2
Wirtschafts- und Sozialausschuss: Europa muss Armut starker bekämpfen.....	2
Öffentliche Konsultation zum ESF 2007-2013 .....	2
Haus- und Pflegearbeit in der EU – Beratungen des Frauenrechtsausschusses .....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten</b> .....	3
Finnland will Familiennachzug erschweren .....	3
European Social Policy Network – neue Länderberichte.....	3
Polen führt Kindergeld ein .....	3
Italien führt eingetragene Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare ein .....	3
<b>Weitere Nachrichten</b> .....	4
Social Platform veröffentlicht Positionspapier zu sozialen Dienstleistungen .....	4
Malwettbewerb zu Kinderrechten .....	4
Forschungsprojekt zu Familienpolitiken – Expert/innen gesucht.....	4
<b>Berichte und Studien</b> .....	4
Generationenübergreifende Beziehungen in Familien – Tagungsbericht .....	4
Datensammlung zum Thema Kinder in Migration.....	5
Jahresbericht zur Gleichstellungsstrategie des Europarats .....	5
EP-Bericht zu Zwangsheiraten in der EU.....	5
Neue Internetpräsenz des UN Schwerpunkts Familie .....	5
<b>Bevorstehende Veranstaltungen</b> .....	5

## Nachrichten aus der COFACE

---

### Finanzielle Inklusion von Familien – COFACE stellt Handbuch vor

Im neuen COFACE-Handbuch finden sich Good Practice-Beispiele, die zur finanziellen Inklusion von Familien beitragen. Diese beziehen sich darauf, inwiefern Familien Zugang zu bestimmten Leistungen haben, beispielsweise zu Bankkonten, Schulungen im Umgang mit Geld, Schuldnerberatung, Versicherungen oder Darlehen. Das Handbuch ist auf Englisch, Französisch und Spanisch erhältlich.

- [Zu den Handbüchern und zusammenfassenden Infografiken](#) 

### Vereinbarkeit als Sicherheitsnetz für ALLE Familien

Vor dem Hintergrund der EU-Konsultation zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (vgl. [EuropaNews 11/2015](#)) fordert die COFACE, dass Vereinbarkeitspolitiken als ganzheitliches Sicherheitsnetz für Familien in allen Phasen des Lebens konzipiert seien müssten. Darüber hinaus setzt sich die COFACE dafür ein, dass innerhalb des europäischen Semesters der Zugang zu Betreuungs- und Pflegeleistungen überprüft und verglichen wird.

- ["Reconciliation: a safety net for all families!" Pressemitteilung vom 23. Februar 2016](#) 

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

---

### Europäisches Parlament fordert neue EU-Strategie für Gleichstellung

Das Europäische Parlament hat das nachlassende Engagement der EU für die Gleichstellung der Geschlechter kritisiert. Es sei bedauerlich, dass die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2016 keine neue EU-Gleichstellungsstrategie geplant habe. Die bisherige Strategie war 2015 ausgelaufen. Im Dezember 2015 hatte die Kommission ein Arbeitsdokument zum Thema vorgelegt, das vom Parlament als unzureichend bewertet wird, da es weder konkrete Richtwerte noch die Zuweisung von eigenständigen Haushaltsmitteln enthalte. Die Abgeordneten fordern zudem die Einberufung eines EU-Gipfeltreffens zum Thema Gleichstellung. Der Ausschuss für die Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter hat zudem einen Antrag zum Gendermainstreaming in der Arbeit des Parlaments beschlossen, der Anfang März im Plenum beraten wird.

- [Pressemitteilung des EP vom 3. Februar 2016](#) 

### Europäisches Parlament für Ausklammerung familienrelevanter Dienstleistungen aus TiSA

Am 2. Februar hat sich das Europäische Parlament mit einem Bericht zu den Verhandlungen bezüglich des internationalen Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement) befasst. Neben der EU sind 22 weitere Staaten an den Verhandlungen beteiligt. Das Parlament fordert von der verhandlungsführenden EU-Kommission eine Reihe von Bedingungen, darunter den Ausschluss von öffentlichen Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Dies betrifft zum Beispiel Wasserversorgung und Abfallwirtschaft, aber auch die besonders familienrelevanten Bereiche Bildung, Gesundheit, Pflege und Betreuung. Diese Leistungen aus dem Abkommen auszuklammern, hatten unter anderen die in der Social Platform zusammengeschlossenen europäischen Verbände gefordert. Zu ihnen gehört auch die COFACE. Die

europäische Verbraucherorganisation BEUC bewertet die EntschlieÙung des Parlaments insgesamt als positiv und fordert die Kommission auf, den Empfehlungen zu folgen.

- [EP-EntschlieÙung vom 3. Februar 2016](#)
- [Pressemitteilung der Social Platform vom 3. Februar 2016](#) 
- [Pressemitteilung der BEUC vom 8. Februar 2016](#) 

### EP-Abgeordnete streben Überarbeitung der Elternzeitrichtlinie an

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten will die EU-Kommission dazu auffordern, die Elternzeitrichtlinie von 2010 zu überarbeiten. Die bisherige Regelung habe nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt. Es sei in erster Linie wichtig, eine angemessene finanzielle Kompensation für den Verdienstausschlag zu gewähren, um Familien besser abzusichern und eine gleichberechtigte Teilhabe sowohl am Arbeits- als auch am Familienleben für beide Geschlechter zu ermöglichen. Der Entwurf einer entsprechenden EntschlieÙung wurde im Februar im Ausschuss für die Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter beraten und wird voraussichtlich im April ins Plenum eingebracht.

- [Zum Vorgang auf den Internetseiten des EP](#) 

### Europäisches Semester: Kommission veröffentlicht Länderberichte

Nachdem das Europäische Semester 2016 im November 2015 mit dem Jahreswachstumsbericht begonnen hatte, hat die EU-Kommission nun die Einzelberichte zur sozialen und wirtschaftlichen Situation in den Mitgliedstaaten veröffentlicht. Sie dienen als Grundlage für die länderspezifischen Empfehlungen, die für den Mai angekündigt sind. Das Europäische Semester dient der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitiken.

Der deutschen Wirtschaft attestiert die Kommission eine positive Entwicklung, sie kritisiert jedoch, dass die länderspezifischen Empfehlungen von 2015 nur begrenzt umgesetzt worden seien. Dies betreffe in erster Linie den Abbau des Leistungsbilanzüberschusses sowie den Ausbau öffentlicher Investitionen. Die Alterung der Gesellschaft wird als Herausforderung für den Arbeitsmarkt betont, die jedoch durch eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen abgefedert werden könne.

- [Zu den Berichten](#) 

### Wirtschafts- und Sozialausschuss: Europa muss Armut starker bekämpfen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ruft die Europäischen Institutionen dazu auf, sich wieder stärker dem Kampf gegen Armut zu widmen. Besonderes Augenmerk verdienen von Armut betroffene Kinder. Die Pressemitteilung zitiert Zahlen von Eurostat, nach denen 27 Prozent der Unter-18-Jährigen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Auch junge Erwachsene seien aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit besonders gefährdet.

- [EWSA Stellungnahme vom 18. Februar 2016](#)  

### Öffentliche Konsultation zum ESF 2007-2013

Um den zurückliegenden Programmzeitraum (2007-2013) des Europäischen Sozialfonds (ESF) auszuwerten, hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet. Sie zielt darauf ab, Rückmeldungen von direkt Beteiligten des ESF und der breiten Öffentlichkeit in allen Mitgliedstaaten einzuholen. Ihre Ergebnisse werden die bisherigen Analysen der Kommission ergänzen und gemeinsam mit ihnen

veröffentlicht werden. Beiträge sind möglich bis zum 27. April 2016. Mit dem ESF werden beispielsweise Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert.

- [Zur Konsultation](#)

### Haus- und Pflegearbeit in der EU – Beratungen des Frauenrechtsausschusses

Für mehr Anerkennung und EU-weit vergleichbare Standards für die Arbeit in Privathaushalten, setzt sich ein Antrag des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ein. Er wird voraussichtlich im April im Plenum behandelt werden.

- [Zum Vorgang auf den Internetseiten des EP](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Finnland will Familiennachzug erschweren

Nach einem Gesetzesvorschlag des finnischen Innenministeriums sollen die Voraussetzungen für den Ehegattennachzug erschwert werden. Migrant/innen und auch finnische Staatsbürger/innen, die ihren Ehe-Partner/innen aus einem Nicht-EU-Land nach Finnland nachziehen lassen möchten, sollen künftig mindestens ein Netto-Einkommen von 1.700 Euro monatlich vorweisen können, damit der Ehegattennachzug gestattet ist.

### European Social Policy Network – neue Länderberichte

Das Europäische Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN) hat neue Kurzberichte zu den sozialpolitischen Entwicklungen in Irland, Liechtenstein, Norwegen, Polen, Portugal und Schweden veröffentlicht.

- [Zur ESPN-Meldung mit Links zu den „Flash Reports“](#) 

### Polen führt Kindergeld ein

Die national-konservative Regierung in Polen hat eines ihrer zentralen Wahlversprechen eingelöst. Mit einem Kindergeld von monatlich umgerechnet etwa 115 Euro ab dem zweiten Kind sollen Familien unterstützt und auch die Geburtenrate erhöht werden.

### Italien führt eingetragene Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare ein

Nach monatelangen Debatten und Demonstrationen sowohl der Gegner wie auch der Befürworter hat der Senat des italienischen Parlaments Ende Februar ein Gesetz über die so genannten „Unione Civile“ verabschiedet. Umstritten war vor allem die Adoption von Stiefkindern sowie die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft zur Ehe; sie waren zuletzt aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden. Premier Matteo Renzi hatte die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verknüpft. Die Regierung war unter Druck geraten, nachdem der Europäische Menschengerichtshof im vergangenen Jahr kritisiert hatte, dass es in Italien keinerlei rechtliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gebe. Nun muss noch die Abgeordnetenkammer dem Gesetz zustimmen.

- [ILGA-Europe Pressemitteilung vom 25. Februar 2016](#) 

## Weitere Nachrichten

---

### Social Platform veröffentlicht Positionspapier zu sozialen Dienstleistungen

Dass Frauen überproportional von Sparmaßnahmen im Dienstleistungsbereich betroffen sind, haben die in der Social Platform zusammengeschlossenen europäischen Verbände zum Anlass genommen, ein Positionspapier unter dem Titel „Investitionen in Dienstleistungen und Work-Life-Balance zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit“ zu veröffentlichen. Es enthält fünf Forderungen, die u.a. darauf abzielen, in soziale Infrastruktur zu investieren, um Frauen die Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen. Gleichzeitig gelte es, eine gute Work-life-Balance zu ermöglichen, sowohl für Frauen als auch für Männer. Genderfragen sollten bei allen gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen Berücksichtigung finden.

Auch das Europäische Parlament beschäftigt sich zurzeit mit dem Zusammenhang von Armut und Geschlecht. Im Ausschuss für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter wird ein Antrag erarbeitet, der voraussichtlich Anfang Mai ins Plenum eingebracht werden wird.

- [Zum Positionspapier](#)  

### Malwettbewerb zu Kinderrechten

Unter dem Motto „Sketch my rights“ hat die Organisation eurochild zu einem Kinder-Malwettbewerb aufgerufen. Gefragt sind Bilder zu den Themen Kinderarmut, Kinder auf der Flucht bzw. in der Migration sowie Kinder, die gepflegt oder betreut werden. Der Wettbewerb steht im Zusammenhang mit der Konferenz „Children’s Rights Matter: Why Europe needs to invest in children“, die eurochild im Juli veranstaltet. Einsendeschluss ist der 15. April 2016.

- [Informationen zum Wettbewerb](#) 

### Forschungsprojekt zu Familienpolitiken – Expert/innen gesucht

Im Rahmen des *FamiliesAndSocieties* Projektes, haben drei Wiener sozialwissenschaftliche Institute einen Online-Fragebogen entwickelt. Sie bitten nun um die Mithilfe von Expert/innen, die Aussagen über die Situation von Familien in (mindestens) einem europäischen Land machen können, sowie über die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Einflussfaktoren. Die Beantwortung des Fragebogens dauert etwa 20 Minuten. Die Ergebnisse werden in einen Bericht einfließen, der unter anderem der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt wird. Ein entsprechendes Arbeitspapier wird auf [www.familiesandsocieties.eu](http://www.familiesandsocieties.eu) veröffentlicht werden.

- [Zum Online-Fragebogen](#) 

## Berichte und Studien

---

### Generationenübergreifende Beziehungen in Familien – Tagungsbericht

Das dritte Stakeholder Seminar des Forschungsverbundes *FamiliesAndSocieties* fand am 26. Januar unter dem Titel „Intergenerational Linkages in the Family“ in Brüssel statt. Es ging der Frage nach, welchen Einfluss Gesetze und politische Maßnahmen auf die wechselseitigen Abhängigkeiten und Bindungen zwischen den Generationen und Geschlechtern innerhalb von Familien haben. Im Fokus stand dabei die so

genannte „Sandwich Generation“, die sowohl Kinder als auch pflegebedürftige Eltern zu versorgen hat. Diskutiert wurde dabei auch die Frage, inwiefern die Finanzkrise die Situation für Familien und dadurch auch die Beziehungen zwischen den Generationen verändert hat. Ein kurzer Tagungsbericht findet sich nun auf der Internetpräsenz von *population europe*.

- [Zum Tagungsbericht](#) 

### Datensammlung zum Thema Kinder in Migration

Die Kommission hat eine Zusammenstellung von Daten und Medienberichten zum Thema Kinder in der Migration herausgegeben. Die Daten der verschiedenen EU-Institutionen werden durch Zahlen des UNHCR ergänzt.

- [Zur Datensammlung](#)  

### Jahresbericht zur Gleichstellungsstrategie des Europarats

Der Europarat bewertet jährlich die Fortschritte seiner Mitgliedstaaten im Sinne der Europaratsstrategie zur Geschlechtergleichstellung. Der Bericht für 2015 ist nun online verfügbar. Er führt konkrete politische Veränderungen in 18 Ländern auf, die auf die Initiative des Europarats zurückzuführen seien. Enthalten ist außerdem eine Übersicht aller Aktivitäten und Veröffentlichungen des Europarats zum Thema.

- [Zum Bericht](#)  

### EP-Bericht zu Zwangsheiraten in der EU

Eine Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments hat einen Überblick darüber erarbeitet, inwiefern Zwangsheiraten in den Mitgliedstaaten der EU praktiziert werden. Aus einer Frauenrechts- und Geschlechtergerechtigkeitsperspektive werden die unterschiedlichen rechtlichen Definitionen, Gesetzgebungen, politischen Maßnahmen und gesellschaftlichen Diskurse analysiert.

- [Zum Bericht](#)  

### Neue Internetpräsenz des UN Schwerpunkts Familie

Der Themenschwerpunkt Familie in der Abteilung Sozialpolitik und Entwicklung der Vereinten Nationen präsentiert seine Aktivitäten auf einer kürzlich überarbeiteten Internetpräsenz. Dazu gehört auch die in Kooperation mit der COFACE organisierte Tagung zur Bedeutung von Familienpolitik bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN. Sie findet am 19. und 20. April in Amsterdam statt.

- [Web-Auftritt des „UN Focal Points Family“](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1. März 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">“Refugee and Immigrant Children and Youngsters: Some Reflections on the Successful Integration of Them in the Receiving Societies“</a>	Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament

1. März 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">Roundtable Debate: From Emergency to Sustainable Solutions: Providing Family and Community-based Care to Unaccompanied Children in the EU</a>	“Opening Doors for Europe’s Children”
3. März 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">“How can social innovation contribute to reaching the poverty reduction target of Europe 2020?”</a>	European Anti-Poverty Network
7.-8. März 2016 Brüssel, Belgien	Conference on Mothers & Health	Make Mothers Matter, European Economic and Social Committee
15. März 2016 Wien, Österreich	Social work symposium. <a href="#">Responding to the refugee crisis</a>	International Federation of Social Workers
19.-20. Apr. 2016 Amsterdam, Niederlande	International Conference on Sustainable Development Goals and Gender Equality: the role of family policies and exchange of good practices	COFACE
19.-21. Apr. 2016 Tallinn, Estland	<a href="#">Children Rights Coalitions Forum in Europe 2016</a>	Children Rights Coalition
20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich	<a href="#">European Youth Event</a>	Europaparlament
17.-19. Juni, Trient, Italien	63rd Annual International ICCFR Conference <a href="#">“Strong Families – Strong Communities”</a>	ICCFR
5.-7. Juli 2016 Brüssel, Belgien	Konferenz <a href="#">“Children’s Rights Matter: Why Europe needs to invest in children”</a>	Eurochild
26. Jul. - 1. Aug. 2016 Caux, Schweiz	<a href="#">CATS Conference - Local to Global: How Will We Influence Policy?</a>	CATS - Children as Actors for Transforming Society
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz <a href="#">“Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families”</a>	FICE
11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen	2016 ISSA Conference <a href="#">“Early Childhood in Times of Rapid Change”</a>	ISSA

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).